



PHOTOVOLTAIC
AUSTRIA

Stellungnahme

Bundesverband Photovoltaic Austria

SNE-V 2018 – Novelle 2026

Impressum

Bundesverband PHOTOVOLTAIC AUSTRIA
Franz-Josefs-Kai 13/12-13, 1010 Wien
office@pvaustria.at
www.pvaustria.at

Foto

lovelyday12/Shutterstock

Haftungsausschluss

Die in dieser Stellungnahme enthaltenen Angaben und Informationen sind nach bestem Wissen erhoben, geprüft und zusammengestellt. Eine Haftung für unvollständige oder unrichtige Angaben, Informationen und Empfehlungen ist ausgeschlossen.

Ansprechpartner*innen

Vera Immitzer
Geschäftsführung
immitzer@pvaustria.at

Fabian Janisch
Technik Photovoltaik & Speicher, Energiewirtschaft
janisch@pvaustria.at

Datum

14. November 2025

Einleitung

Stellungnahme: Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 – Novelle 2026

Der vorliegende Entwurf der Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 – Novelle 2026 zeigt klar, dass der Frage zur *Kostentragung der Energiewende* nun immer deutlicher Entscheidungen und Antworten folgen müssen. Der Bundesverband Photovoltaic Austria begrüßt diese Entwicklung, denn vernünftige Antworten sind für das Fortschreiten der Energiewende unausweichlich.

Essenziell ist jedoch, dass langfristig gedacht und **zielgerichtete Abwägungen im Sinne der österreichischen Klimaziele 2030/40** getroffen werden.

Gesamtsituation

Die derzeitige Berichterstattung der österreichischen Medien, aber auch viele Statements wichtiger Stakeholder zeigen mehrheitlich in eine Richtung – die Erzeuger sind „schuld“ an den steigenden (Netz-)Kosten der Energiewende. Je nach Stakeholder wird diese Schuldzuweisung weiter verengt und konkret die „kleinen PV-Anlagen im Niederspannungsnetz“ genannt. Real betrachtet sind die Netzkosten jedoch nicht höher als im Jahr 2005. (siehe Abb. 1)

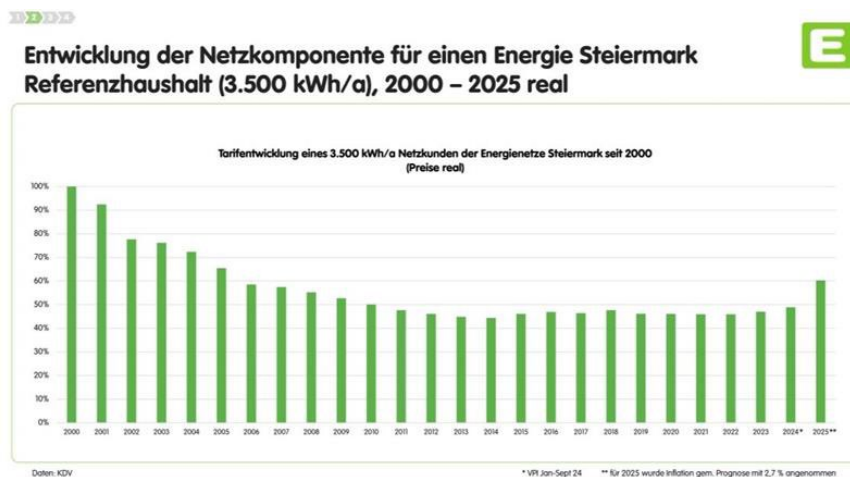


Abb. 1 Entwicklung der Netzkosten für einen Energie Steiermark Referenzhaushalt.

Als Vertreter der österreichischen PV-Branche möchten wir daher diese Stellungnahme nutzen, um auf die Notwendigkeit **einer sachlichen und vor allem langfristigen Betrachtung** der Netzausbaukostenentwicklung hinzuweisen. Hier sind konkret zwei Punkte zu nennen: Erstens, die grob unterschiedlichen Verteilnetzkostenschätzungen von 15 Mrd. (E-Control) und 30 Mrd. (Österreichs Energie). Zweitens, die Elektrifizierung des Verbrauchs, die mittelfristig eintreten wird.

Verwendung der TWh-EAG-Ziele durch die E-Control

Es sei erwähnt, dass insbesondere die **Verwendung der EAG-Ziele (+23 TWh/a Erneuerbare Energie bis 2030) durch die E-Control für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energie hinderlich ist**. Es ist bereits bekannt, dass die formulierten Ziele überholt sind. Der noch notwendige Ausbau wird durch deren Verwendung in der öffentlichen Wahrnehmung daher unterschätzt. Vergleicht man die Ziele aus dem EAG mit jenen aus dem NEKP bzw. dem ÖNIP, so ist ersteres Ziel bis 2030 für die PV zu gut 75 % erreicht, bei Letzteren zu gut 45 %. Ein signifikanter Unterschied!

Netznutzungsentgelte für Erzeuger

Weiters möchten wir an dieser Stelle nochmals auf die **heikle Thematik von Netznutzungsentgelten für Erzeuger hinweisen**. Eine Einführung von Netznutzungsentgelten für Erzeuger beeinflusst den Business Case (bestehender) Anlagen nicht nur signifikant. Darüber hinaus ist die Planungsunsicherheit bis zu einer Festlegung der Tarife ab Jänner 2027 defacto nicht existent und auch danach hochgradig ungewiss. Dies führt dazu, dass neue Projekte von Seiten der Banken im Jahr 2026 kaum eine Finanzierung erhalten werden. Generell stellen Netzentgelte ganzheitlich betrachtet einen Eingriff in bestehende Verträge dar, wodurch bestehende Anlagen im Worst-Case unwirtschaftlich werden. Aus der Praxis sei hier die Marktpremie erwähnt, welche ausschreibungsbedingt lediglich das Gebot eines wirtschaftlich notwendigen Cent pro Kilowatt-Stunden Preises gewährt. Durch die Erzeugungsentgelte würde dieser Mindestbetrag unterwandert und Anlagen könnten trotz Förderung unwirtschaftlich werden.

Es ließen sich sicher noch viele weitere Beispiele aus der Praxis finden. Klar ist festzuhalten, dass bei Einspeisegebühren generell eine Imageverschlechterung für den Verkauf von Anlagen für Einfamilienhäuser und Gewerbebetriebe erreicht wird. An dieser Stelle sei jedoch auf die **Stellungnahmen des EEÖ zu Erzeuger-Netzgelden** verwiesen, in jener, neben möglichen [Problemen](#), auch [Lösungswege](#) geliefert wurden. Dazu gehört insbesondere das ELWG wirken zu lassen (Köpfchen statt Kupfer).

Netzbetreiberübergreifende Kostenwälzung

Weiters zeigt der Entwurf der SNE-V Novelle 2026, dass Netzbetreiber mit hohem Anteil an erneuerbarer Erzeugung einen, durch gestiegenen Eigenverbrauch und Netzausbau, signifikant höheren Anstieg der Netzkosten verzeichnen. **Ersichtlich wird, dass beim erneuerbaren Ausbau engagierte Netzbetreiber/Bundesländer „leider bestraft“ werden. Es gilt daher zu evaluieren, ob eine Kostenwälzung, insbesondere von Teilen der höheren Netzebenen 4+3, netzbetreiberübergreifend geschehen sollte.** Die Problematik, der höheren und ungleichen Netzkosten zwischen Netzgebieten, durch Erzeugernetz-Entgelte zu lösen, scheint angesichts des noch notwendigen Ausbaus wenig zielführend.

Details

Inhaltlich sind die Änderungsvorschläge des vorliegenden Entwurfes äußerst erfreulich! Den Anreiz zu mehr Flexibilität von Verbraucher (Reduzierter Sommer-Arbeitspreis und regelbarer Bezugstarif) bereits in der vorliegenden Novelle und vor dem EIWG aufzugreifen ist ein guter und richtiger Schritt.

Kundenfreundliche Netzrechnung und Tarife mit gemessener Leistung

Bezüglich „Flexibilisierung“ möchten wir **zwei Themen aus der Praxis** erwähnen, die in Zukunft beachtet werden sollten.

Zum einen sind die **Rechnungen der Netzbetreiber äußerst verklausuliert**. Endkund*innen ist es so kaum möglich herauszufinden, wie sie ihr Nutzungsverhalten ändern müssten, um den Anreizen der Tarife folgen zu können. Aus Sicht der PV-Branche benötigt es hier die nachdrückliche Initiative der E-Control die Kundenorientierung der Netzbetreiber entschieden zu erhöhen.

Weiters haben bereits **seit einem Jahr zwei Netzgebiete (Netz NÖ und TiNetz) damit begonnen haben aufgrund deren Erzeugungsanlagendie Kund*innen für den Verbrauch auf einen Tarif mit gemessener Leistung umzustellen**. Grundsätzlich stehen wir dieser Vorgehensweise neutral gegenüber, denn auch dies ist ein Mittel, um intelligentes Kundenverhalten zu fördern. Doch sei hierzu angemerkt, dass die Umsetzung in beiden Netzgebieten diametral unterschiedlich ist. Die TiNetz stellt bei der Einstufung für einen **Tarif mit gemessener Leistung auf die netzwirksame Leistung ab – was klar zu begrüßen ist** –, seitens Netz NÖ existiert eine harte Grenze ab 15 kW Wechselrichterleistung. Vor allem letzteres stößt bei Kund*innen auf Unverständnis, da intelligentes Verhalten hinter dem Zähler nicht honoriert wird. Für die Branche könnte es jedoch zu einem Problem werden, wenn andere Netzbetreiber mit anderen/neuen Vorgehensweisen folgen. Es benötigt hier in Zukunft eine österreichweit einheitliche Lösung. Angesichts beider Praxisbeispiele ist zusammenfassend festzuhalten, dass Verständlichkeit für die Kunden*innen essenziell ist, damit Anreize ankommen und hier in Österreich noch umfassender Aufholbedarf besteht.

Systemnutzungsentgelte und Systemdienlichkeit

Der im EIWG-Entwurf eingeführte Begriff „**systemdienlicher Betrieb**“ ist weit gefasst. Ein für die Diskussion grundsätzlich begrüßenswerter Zugang, denn jedes systemdienliche Verhalten sollte evaluiert werden.

Wichtig ist jedoch, dass das Gesetz bzw. bei Bedarf die Grundsatzverordnung abschließend klare Schranken setzt, sonst könnten **gerichtliche Klärungen** notwendig werden. Das **kann die Branche nicht gebrauchen**.

Aus Sicht der Branche sollte es daher eine **abschließende Aufzählung** geben. Derzeit fehlt in dieser Aufzählung jedoch ein zentraler Aspekt – nämlich die Anerkennung von **marktdienlichen Verhalten als systemdienlich** (neben ausgewiesenen Standorten und zeitvariablen Tarifen). Dies gilt insbesondere für den Betrieb von Batteriespeichern.

Über weite Strecken hinweg bilden Spotmarktpreise den Bedarf des Stromnetzes ab, denn zu Zeiten großer Überproduktion sinkt der Börsenpreis am Spotmarkt und damit auch der Anreiz zur Einspeisung – und umgekehrt. Ein äußerst effizienter Anreiz, vor allem

da (Spot-)Marktsignale auch von Kund*innen der NE 7 verstanden werden (- im Gegensatz zu Netzrechnungen). Die Wirksamkeit eines Anreizes zeigt sich nicht nur an der Treffsicherheit, sondern auch wie viele Akteure erreicht werden.

Auf den Punkt gebracht sollte der Begriff des systemdienlichen Betriebes auf die konkrete Verwendung von Stromhandelsprodukten des Spotmarktes erweitert werden. (Fixe Einspeise- und Bezugstarife sind folglich nicht marktdienlich, da das Preissignal „gehedgt“ wird.)

Der Vorschlag, marktdienlichen Verhaltens als systemdienlich zu definieren, folgt einer Studie der Neon Neue Energieökonomik GmbH zur Netzdienlichkeit von Großbatterien, sowie einem Whitepaper der Forschungsstelle für Energiewirtschaft e.V. zum Netzverträglicher Ausbau von Großbatteriespeichern, welches **Systemdienlichkeit im weiteren Sinn** definiert als:

1. Marktdienliches Verhalten
2. Netzdienliches Verhalten
3. Erbringung von Systemdienstleistungen für den ÜNB (welches auch als systemdienliches Verhalten im engeren Sinn bezeichnet wird)

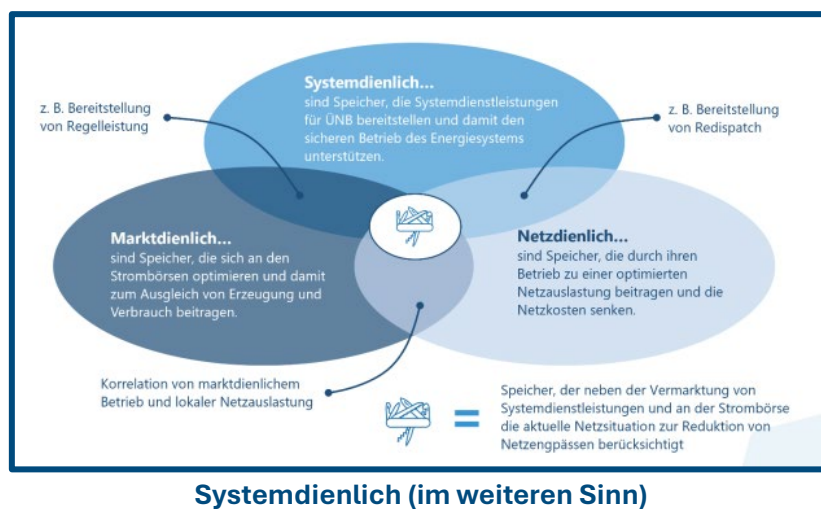


Abb 2. Darstellung zur Systemdienlichkeit im weiteren Sinn. Zusammengesetzt aus Marktdienlichkeit, Netzdienlichkeit und Systemdienlichkeit im engeren Sinn (Systemdienstleistungen f. d. ÜNB)

Reduzierter Sommer-Arbeitspreis und regelbarer Bezugstarif

- Namensvorschlag für den RSAP: Strom-Überschuss-Nutzen-Tarif (SUN-Tarif).
- Die Addition der Reduktion von EG-Tarif und RSAP halten wir für richtig und sollte so beibehalten werden.
- Für den regelbaren Tarif sollte der Zugang aus den Tarifen 2.1 (S.23) verfolgt werden. „Kunden sollte es freistehen, die Grenzen individuell zu definieren.“